

»» Eine Förderung des Privatsektors würde die Länder Nordafrikas enorm voranbringen

1
One
Pager

Nr. 119, 1. November 2016

Autor: Dr. Martin Raschen, Telefon 069 7431-2434, research@kfw.de

Die nordafrikanischen Länder Marokko, Algerien, Tunesien, Libyen und Ägypten erleben seit 2011 mit dem so genannten Arabischen Frühling enorme Veränderungen. Leider haben sich bisher die Hoffnungen auf einen grundlegenden Wandel kaum erfüllt; in Libyen herrscht Bürgerkrieg. Wachstum und mehr Arbeitsplätze würden die Region nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch stabilisieren. Der Privatsektor könnte hierzu signifikant beitragen, leidet jedoch unter erheblichen Wettbewerbsnachteilen sowie Korruption und ineffizienter öffentlicher Verwaltung.

Kleine Skizze eines großen Problems

In den fünf Ländern ist die Bevölkerung seit 1990 um über 50 % gewachsen. In den kommenden 15 Jahren dürfte die Bevölkerungsgruppe im erwerbsfähigen Alter (15–64 Jahre) um 29 Mio. Menschen zunehmen. Die Arbeitsmärkte konnten mit dieser demografischen Entwicklung nicht Schritt halten, Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung sind weit verbreitet und in ihrer Dimension ein erhebliches politisches Problem. Die offiziellen Arbeitslosenraten – zwischen 9 und 13 % (ohne Libyen) – sind zwar nicht extrem hoch, sie zeichnen jedoch ein viel zu positives Bild. Besonders ausgeprägt ist die Jugendarbeitslosigkeit. Die Erwerbsbeteiligung der Frauen ist unfreiwillig sehr niedrig (23 %; zum Vergleich: Ostasien 63 %). Das Bildungsniveau ist gestiegen, Akademiker gibt es in großer Zahl, sowohl bei Männern als auch bei Frauen. Die Abschlüsse bereiten jedoch kaum auf ein Erwerbsleben in der Privatwirtschaft vor, der „Skills Mismatch“ ist erheblich. Ein den Bedürfnissen der gewerblichen Wirtschaft entsprechendes Berufsbildungssystem fehlt fast völlig. Dafür sind die öffentlichen Verwaltungen groß, ineffizient und bieten wenig Chancen für berufliche Weiterentwicklung. Vielfach dienen sie eher der Abschöpfung von Renten als der Gewährleistung eines funkti-

onierenden Rahmens für die Privatwirtschaft.

Diese Probleme verbunden mit fehlender sozialer Absicherung sind wesentliche Ursachen politischer Destabilisierung und erhöhen das Risiko gewalttätiger Konflikte sowie den Migrationsdruck.

Hemmnisse des Privatsektors

Der Privatsektor hat grundsätzlich das Potenzial, wettbewerbsfähige Arbeitsplätze und damit Wohlstand und Teilhabe für die breite Masse der Bevölkerung zu schaffen. Er ist in Nordafrika auch durchaus sehr bedeutsam, aber nur wenn man den informellen Sektor mit betrachtet. Im informellen Sektor arbeiten sehr viele Menschen als Selbstständige im Dienstleistungsbereich mit geringer Produktivität, sie sind nicht als Unternehmer registriert und haben keine Sozialversicherung. Innovationen gehen von diesen informellen Jobs nicht aus. Demgegenüber ist der formale private Sektor klein und schwach. Erfolgreiches privates Unternehmertum weckt Begehrlichkeiten. Der Privatsektor wird im Wettbewerb gegenüber „politically connected firms“ gravierend benachteiligt. Staatsunternehmen oder solche, deren Eigentümer gute politische Beziehungen haben (einschließlich der Armee), genießen erhebliche Privilegien etwa beim Landerwerb oder bei Betriebsgenehmigungen, aber auch beim Zugang zu Kredit oder der Energieversorgung. Weiterhin hat die Privatwirtschaft trotz hoher Arbeitslosigkeit enorme Schwierigkeiten, geeignete Arbeitskräfte zu finden, was an den genannten Defiziten des Bildungssystems liegt.

Die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen des privaten Sektors werden von der Weltbank für 190 Länder bewertet und jährlich im Doing Business Index dokumentiert. Im oberen Drittel dieses globalen Rankings tauchen die fünf nordafrikanischen Länder vor dem Hin-

tergrund der genannten Probleme nicht auf. Marokko (Rang 68) und Tunesien (77) befinden sich noch in der oberen Hälfte, die Platzierungen von Ägypten (122) und Algerien (156) sind ziemlich schlecht, Libyen (188) ist drittletzt auf der weltweiten Rangliste. Ähnlich schlechte Einstufungen haben die Länder im Corruption Perception Index von Transparency International.

Ansatzpunkte für Reformen

Damit sich der formale private Sektor entfalten kann, sind weit reichende Reformen nötig. Im Bürgerkriegsland Libyen gibt es hierfür derzeit natürlich kaum Perspektiven. Die anderen vier Länder hätten aber grundsätzlich den nötigen Handlungsspielraum. Unerlässlich sind der Kampf gegen Korruption sowie die Herstellung einheitlicher Wettbewerbsbedingungen für alle Unternehmen („level playing field“). Bestehende gesetzliche und informelle Privilegien von „politically connected firms“ müssen abgeschafft werden. Daneben ist die faire und transparente Anwendung bestehender Gesetze essenziell, getragen von einer effizienten öffentlichen Verwaltung und kontrolliert von einer unabhängigen Justiz. Sehr wirkungsvoll wäre in diesem Zusammenhang auch eine freie Presse, damit Missstände öffentlich werden können (Positivbeispiel Tunesien). Neu gegründete Unternehmen brauchen besseren Zugang zu Startfinanzierungen. Ein weiterer Ansatzpunkt ist das Bildungswesen mit den Stichworten mehr Praxisrelevanz und Berufsbildung. Auf dem letztgenannten Gebiet erhält die Region Geberhilfe im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit. Weitere externe Unterstützung, z. B. zur Förderung von Direktinvestitionen, könnte sinnvoll sein.

Leider ist der politische Wille in den Ländern zu Reformen der genannten Art derzeit viel zu gering. ■